

UdSSR verlängert Atomtest-Moratorium

Gorbatschow schlägt Frühwarnsystem für Atomunfälle vor

Die Sowjetunion will das von ihr einseitig verkündete Moratorium für Atomversuche bis zum 6. August verlängern. Dies teilte Parteichef Michail Gorbatschow am Mittwochabend in seiner Fernsehansprache mit. Gleichzeitig lud er den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zu einem Treffen ein, das in irgendeiner europäischen Stadt oder in der im Zweiten Weltkrieg von einer amerikanischen Atombombe zerstörten japanischen Stadt Hiroshima stattfinden könne. Bei dieser Begegnung solle über ein endgültiges Verbot von Atomversuchen verhandelt werden.

Moskau. – In seiner ersten öffentlichen Rede nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl erklärte der sowjetische Parteichef, der nukleare Unfall im ukrainischen Kernkraftwerk habe abermals gezeigt, «was für ein Abgrund sich öffnen wird, wenn die Menschheit in einen Atomkrieg gestürzt wird». In den nuklearen Arsenalen seien «Tausende und Abertausende von Katastrophen gelagert, die weit schrecklicher sind als die von Tschernobyl», fuhr Gorbatschow fort. Zu diesem Zeitpunkt, zu dem die Aufmerksamkeit erneut auf atomare Fragen gerichtet sei, habe die Sowjetunion entschieden, ihr einseitiges Moratorium für Atomversuche bis zum 6. August dieses Jahres zu erweitern.

In seiner Fernsehansprache schlug Gorbatschow eine neue internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie vor und regte in diesem Zusammenhang die Schaffung eines Frühwarnsystems für atomare Unfälle und eine Konferenz zur Erörterung der dazu notwendigen Massnahmen vor. «Ein Frühwarnsystem und ein System zur Lieferung von Informationen im Fall von Unfällen und Fehlern in Kernkraftwerken, besonders wenn sie mit dem Austreten von Radioaktivität verbunden sind, sollte in diesem Rahmen geschaffen werden», sagte er.

Gleichermassen gelte es, auf bilateraler und multilateraler Grundlage einen internationalen Mechanismus zu schaffen, um auf dem schnellsten Wege Hilfe zu leisten, wenn es zu einer gefährlichen Lage komme. Deshalb solle sich eine Sonderkonferenz der Internationalen

Atomenergie-Agentur (IAEA) in Wien mit der internationalen Zusammenarbeit in Fragen der Nutzung der Kernkraft befassen.

Gorbatschow bot der IAEA in diesem Zusammenhang eine verstärkte finanzielle und personelle Unterstützung seitens der Sowjetunion an und sprach sich dafür aus, die Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der mit Umweltfragen befassten Körperschaften der Vereinten Nationen in Fragen der Erschliessung der Kernkraft auszuweiten.

In seiner Fernsehansprache teilte der Parteichef mit, das Reaktorunglück habe 9 Todesopfer gefordert, 299 Personen befänden sich im Krankenhaus. Es sei «jetzt noch zu früh, ein endgültiges Urteil über die Ursachen der Havarie zu fällen». Nach Mitteilung der Fachleute sei während der planmässigen Abschaltung des vierten Blocks die Leistung des Reaktors plötzlich angestiegen. Das Austreten beträchtlicher Mengen Dampf und die nachfolgende Reaktion hätten zur Bildung von Wasserstoff, zu dessen Explosion, zur Zerstörung des Reaktors und der damit verbundenen radioaktiven Emission geführt.

In einer ersten Reaktion aus den USA erklärten Regierungsvertreter, die Gorbatschow-Rede sei offenbar vor allem für das sowjetische Publikum bestimmt gewesen. Ein internationales Frühwarn- und Informationssystem, wie es der Parteichef vorgeschlagen habe, existiere bereits in Form der IAEA. Die Führung in Moskau habe davon aber keinen Gebrauch gemacht. (AP)

Schweiz fordert Strahlungsnormen

Die Schweiz will mit international gültigen Strahlungsnormen eine klare Grundlage zur Vereinheitlichung der radioaktiven Grenzwerte schaffen. Der Bundesrat hat am Mittwoch das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) beauftragt, entsprechende Schritte einzuleiten.

Bern. – Die national unterschiedlichen Belastungsgrenzwerte waren in den vergangenen Tagen teilweise stark kritisiert worden und hatten bei identischen Verstrahlungswerten zu den unterschiedlichsten Massnahmen in den verschiedenen Staaten geführt. Wie Vizekanzler Achille Casanova vor der Presse erklärte, soll aus diesem Grund auf internationaler und insbesondere europäischer Ebene eine Vereinheitlichung der Messeinheit und der Grenzwerte erreicht werden.

Der Bundesrat nahm zur Kenntnis, dass die Radioaktivität in der Luft praktisch Normalwerte erreicht hat und in weiten Landesteilen den Pegel des natürlichen Untergrundes nicht mehr überschreitet. Trotz einem weiteren Abklingen des radioaktiven Strahlungspegels und weitgehend stabilen Aktivitätswerten in Milch- und Gemüseproben werden die erlassenen Empfehlungen aber weiter aufrecht erhalten.

Der Bundesrat hat sich auch mit den wirtschaftlichen Folgen des Reaktorunfalls befasst. Ob die Gemüseproduzenten, die auf ihrer Ware sitzen blieben und über grosse Verluste klagen, vom Bund entschädigt werden, steht allerdings noch nicht fest. Entsprechende Entschädigungsforderungen werden jedoch geprüft.

Die Regierungen beider Basel wollen demnächst gemeinsam beim Bundesrat vorstellig werden, um den Verzicht auf den Bau eines Atomkraftwerkes in Kaiseraugst zu verlangen. (AP/SDA)

KKW-Zwischenfall monatelang verheimlicht

London. – Aus einem Kernkraftwerk in der südwestenglischen Region Somerset sind am 29. November vergangenen Jahres wegen einer defekten Schraube acht Tonnen radioaktiven Karbongases ausgetreten, worauf 500 Mitarbeiter der Anlage evakuiert werden mussten. Dies gab am Mittwoch eine Untersuchungskommission bekannt. Das Unglück ereignete sich in der Kernkraftzentrale Hinkley Point. Die Ingenieure hätten mehr als vier Stun-

den benötigt, um das Leck in der Anlage abzudichten. Das evakuierte Personal habe Jod-Salpetertabletten erhalten, um möglichen Strahlenschäden vorzubeugen, hiess es. An der Pressekonferenz vom Mittwoch wurde behauptet, es habe weder Tote noch Verletzte gegeben und niemand habe unter der Radioaktivität gelitten. Die Zentrale habe nach einigen Wochen ihren Betrieb wieder aufgenommen. (AFP)

Als läge Tschernobyl in Niedersachsen – Furcht der CDU vor den Wählern

Einen Monat vor den Wahlen in Niedersachsen hat der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl am Mittwoch versucht, die Diskussion über Tschernobyl zu entschärfen. In einer Regierungserklärung kündigte er vor dem Parlament Massnahmen gegen ein neues Informationschaos an und verteidigte die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke. Innerhalb der CDU war es in den vergangenen Tagen zu erregten Debatten über die Wahlchancen im nördlichen Bundesland nach der Katastrophe von Tschernobyl gekommen.

■ VON THOMAS RÜST, BONN

Für den Wirrwarr haftbar gemacht wird innerhalb der Union Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU). Nur mit Mühe hat Kohl in den Spitzengremien eine Diskussion über den sonst forschen Innenminister verhindern können, der bei der Bewältigung der Unglücksfolgen jede Führungskraft vermissen liess. Kohl, dem in der Vergangenheit von Zimmermann selbst Führungsschwäche vorgeworfen worden war, hat eine Debatte über seinen Innenminister barsch auf «nachher», nach den Landtagswahlen, verschoben.

Am meisten erregt über die Bonner Führungsschwäche hat sich der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, um dessen Kopf und absolute Mehrheit es Mitte Juni geht. Entnervt verlangte Albrecht in Bonn energische Hilfen für die Bauern, was schliesslich am Dienstag beschlossen wurde (TA vom Mittwoch). Der Entscheid wurde gegen Finanzminister Gerhard Stoltenberg getroffen; diese Niederlage des eisernen Sparkommissars kommentierte die SPD postwendend mit der Bemerkung, die Regierung habe in «niedersächsischer Panik» ihr Glanzstück Stoltenberg demonstriert.

Stoltenberg wird auch innerhalb der Union als möglicher Nachfolger Kohls gesehen, falls der Regierungschef von endgültigem politischem Pech verfolgt sein sollte. Der FDP-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Martin Bangemann

hat sich am Mittwoch demonstrativ hinter den Bundeskanzler gestellt, indem er sich «entschieden» gegen eine Ablösung Kohls aussprach. Die Äusserung verfehlte ihr Ziel deshalb, weil sie indirekt bestätigte, dass die Zukunft Kohls in der Koalitionsspitze zu einem «Thema» geworden ist.

In der Sache herrscht im Regierungslager weitherum Einigkeit, dass nach den Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler und den Bauernprotesten «Tschernobyl» der dritte Negativpunkt im Erscheinungsbild der Regierung darstellt. Die Folge davon ist ein für die CDU ungünstiges Wahlkampfklima in Niedersachsen.

Ob es Kohl am Mittwoch gelungen ist, die Dinge für sich und Albrecht zum Bessern zu wenden, bleibt ungewiss. Seine Regierungserklärung, die in einem zweiten Teil auch eine Kommentierung des Wirtschaftsgipfels von Tokio enthielt, bildete über weite Strecken eine Zusammenfassung von bereits Gesagtem: So kritisierte Kohl die sowjetische Informationspolitik und hob die Sicherheit bundesdeutscher Kernkraftwerke hervor, auf deren Strom die Wirtschaft angewiesen sei: «Energieeinsparung ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen und unserer Wettbewerbsfähigkeit wäre deshalb die Voraussetzung für eine Verringerung des Anteils der Kernenergie», sagte Kohl weiter. Sorgfältig vermied der Bundeskanzler konkrete Kritik an dem Informationschaos der letzten Tage und sagte lediglich, angesichts der internationalen

Dimension des Problems könne sich die Bundesrepublik «Kleinstaaterei» nicht leisten.

Die Opposition von SPD und Grünen hingegen konzentrierte sich in ihren Voten auf den Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Sozialdemokraten, die während der Regierungszeit von Helmut Schmidt massgeblich zur Fortschreibung der KKW-Investitionen beigetragen hatten, bezeichneten die friedliche Nutzung der Atomenergie als «Übergangstechnologie» und lehnten jede «kommerzielle Plutoniumwirtschaft» (Schneller Brüter, Wiederaufbereitungsanlage) ab. Die Grünen ihrerseits gingen noch einen Schritt weiter und forderten, dass «unverzüglich die Abschaltung aller AKW» in die Wege geleitet werde. Denn ihrer Ansicht nach können selbst kleine Dosen von Radioaktivität unheilbare Krankheiten erzeugen.

Biogemüse-Produzenten demonstrierten gegen Kernenergieprogramm

Rund 50 Vertreter von Reformhäusern, Bioläden und Anbaugenossenschaften haben gestern Mittwochabend auf der Bahnhofstrasse für einen Ausstieg der Schweiz aus dem Kernenergieprogramm demonstriert. Mit Sprüchen wie «Zu den Quellen gelangt man nur gegen den Atomstrom» und «Egli ist alt, drum lässt ihn Tschernobyl kalt» forderten die jungen Bauern und Gemüseverkäufer vom Bundesrat eine verantwortungsbewusstere Energiepolitik, die auch die Interessen kommender Generationen berücksichtige. Die Demonstranten führten eine Kuh mit und molken sie auf dem Paradeplatz. Die Milch wurde anschliessend als ungeniessbar auf die Strasse geleert. Den Passanten wurde gratis Kopfsalat und Radieschen angeboten. Als niemand zu griff, landete das Gemüse auf den Tramschienen. (dd)

Kritik am Bundesrat

Liestal. – Die Gewaltfreie Aktion Kaiser-augst (GAK) ist entrüstet darüber, wie die offizielle Schweiz die durch den Reaktorunfall in Tschernobyl entstandene Gefahr herunterzuspielen versuche. Wie die GAK am Dienstag in Liestal mitteilte, informieren die Schweizer Behörden nach ihrer Ansicht genauso schlecht über die Gefahren einer radioaktiven Verstrahlung, wie die russischen Behörden Westeuropa über das Reaktorunglück informierten. Nur bohrende Fragen der Presse hätten allmählich Informationen, zum Beispiel über mögliche Spätschäden, ans Tageslicht gebracht. Erschreckt habe die GAK weiter, dass die Schweizer Behörden offensichtlich nicht mit einer so weitreichenden atomaren Belastung gerechnet hätten. (AP)

KKW-Erklärungen. Die SP-Fraktion sprach sich eingangs der Gemeinderats-sitzung vom Mittwoch im Zusammenhang mit dem Reaktorunglück in der Sowjetunion dafür aus, dass die Stadt Zürich ihren Strom inskünftig nicht mehr aus Kernkraftwerken beziehen soll. Die SP forderte ausserdem, dass denjenigen in der Stadt beheimateten Genossenschaften, die ökologische Milch vertreiben, die durch den sowjetischen KKW-Unfall entstandenen Schäden vergütet werden. In einer weiteren Erklärung kündigte die POCH-Gemeinderatsgruppe drei Vorstösse an, die gegen die Nutzung von Kernenergie zur Stromerzeugung gerichtet sind.

Der Unfall . . .

■ VON MARC OTTIKER

Was schon seit vielen Jahren passieren konnte, ist passiert. Wir haben die Möglichkeit, endlich aufzuwachen, der Wecker, wenn auch ein kleiner, schellt.

Doch mit grosser Bestürzung stelle ich fest, dass das «Wegstecken» und «Unter-den-Tisch-Wischen» schon begonnen hat, dass man sich anscheinend mit dem Unglück bereits abgefunden hat, dass man den eingeschlagenen Weg, wenn auch etwas verwirrt, aber doch bestimmt, weitergeht. Ja, sogar ein «Landesvater» – ich will aus Pietätsgründen seinen Namen hier nicht nennen – sagt in einem Interview ganz unbefangen, dass «die Schweiz den Energiefahrplan einhält und die noch geplanten A-Werke bauen will».

Die Gefahr ist sicher nicht riesig, und ich will hier nicht den Teufel an die Wand malen. Aber doch schon nur die Tatsache, dass halb Europa von dieser radioaktiven Wolke «angeseucht» wird, egal wie schädlich oder unschädlich sie nun ist, schon allein der Satz «Es wäre besser, wenn Sie Ihre Kinder nach dem Spielen im Freien gründlich duschen würden» – schon allein dieser Satz wäre doch Grund genug für ein radikales Umdenken, wäre doch eine Begründung dafür, wieder bei Kerzenlicht und Holzfeuer zu leben, sich von der Konsumwelt abzuwenden und ein neues, ganz anderes Leben anzufangen.

Vielleicht müssten wir gar nicht so viel opfern. Vielleicht würde es genügen, wenn alle ein bisschen auf Lebensstandard und Luxus verzichten und dabei feststellen würden, dass das Le-



Marc Ottiker (19) ist Schauspielschüler in Zürich.

ben mit etwas weniger Lohn, einer 35-Stunden-Woche und ohne Auto und Fernseher etc. immer noch sehr lebenswert ist. Natürlich setzen solche Verzicht eine radikale Veränderung in diesem Wirtschaftssystem voraus. Würde es sich aber, angesichts des Unglücks, nicht lohnen, dieses radikale Umdenken im Sinn einer menschen- und lebensgerechteren Umwelt jetzt in Angriff zu nehmen und vollkommen neu anzufangen?

Die Umwelt ist nämlich so wunderbar auf den Menschen eingestellt, passt sich auf so wunderbare Weise dem Menschen an, dass, wenn sich der Mensch endlich der Umwelt anpassen würde, das Leben mit ihr eine sehr schöne Sache wäre.

Armee-Einsatz nur im Notfall

Bern. – Der Ordnungseinsatz von Armee-Einheiten im Landesinnern soll zu Friedenszeiten weiterhin möglich sein, wenn die kantonalen Polizeikräfte nicht ausreichen.

Dies ist die Ansicht der Kommission des Nationalrates, die sich mit einem Verbot derartiger Einsätze zu befassen hatte. Sie will jedoch den Bundesrat mit einer Motion verpflichten, eine den modernen Bedrohungsformen angemessenere Definition des Ordnungsdienstes vorzunehmen und die Voraussetzungen für diese Truppeneinsätze klarer zu regeln.

Die Diskussion um den Truppeneinsatz im Innern war im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerkprojekt Kaiseraugst neu entflammt. Hatte doch die Aargauer Regierung im Mai 1984 bekanntgegeben, zur Sicherung des Baus nötigenfalls Truppen aufzubieten. Der Aargauer Max

Chopard (SP) reichte darauf eine Parlamentarische Initiative ein, wonach Armee-Einheiten nur noch gegen aussen oder allenfalls zur Bewältigung von Naturkatastrophen im Landesinnern einzusetzen seien. Für Ruhe und Ordnung wären allein noch Polizei und zivile Behörden zuständig. Die Kommission unter Leitung von Karl Weber (FDP, Schwyz) hatte im vergangenen Oktober den Vorstoss Chopard mit zwölf gegen sieben Stimmen verworfen, da er von einem überholten Bedrohungsbild ausgehe.

Einsätze im Innern müssten als Folge neuer Bedrohungsformen wie Terrorakten oder Geiselnahmen auch künftig möglich sein. Klar sprach sich die Kommission für die Beibehaltung des subsidiären Charakters des Ordnungsdienstes aus, wonach Truppen erst nach unzureichenden Polizeikräften eingesetzt werden sollen. (AP)